



Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Geplante Einleitung von Spülwasser mit Glutaraldehyd in die Ostsee verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- die geplante Einleitung von Spülwasser mit Glutaraldehyd nach dem Bau der Nordeuropäischen Gasleitung nicht genehmigt wird;
- ein internationales Verbot der Einleitung von Spülwasser mit Glutaraldehyd erreicht wird;
- die am Bau der Pipeline beteiligten Firmen aufgefordert werden nach alternativen Lösungen zu suchen und
- die alternativen Lösungen umweltverträglich sind.

Begründung:

Laut Pressemitteilungen und einer Antwort auf eine Kleinen Anfrage an die Bundesregierung (Drucksache 16/7935) gibt es eventuell das Vorhaben, beim Bau der Nordeuropäischen Gasleitung (Ostseepipeline) Spülwasser aus Glutaraldehyd zu verwenden und davon 2,3 Mrd. Liter in die Ostsee zu entsorgen.

Glutaraldehyd besitzt eine stark toxische Wirkung auf Wasserlebewesen. Die konkreten Auswirkungen für das Ökosystem Ostsee sind bisher nicht ausreichend erforscht und daher nicht absehbar.

Die in der Ostsee vorkommende Fauna und Flora kann hochsensibel auf die Einleitung reagieren, da sie aufgrund des Brackwassers unter „natürlichem“ Stress steht und außerdem die Ostsee bereits stark belastet ist.

Daher sollten auch alternativ verwendete Reinigungsmittel umweltverträglich sein und keine Umweltgefährdung aufweisen. Dabei sind die besonderen Rahmenbedingungen des Ostseeökosystems zu beachten.

Neben der Schädigung des Ökosystems können auch wirtschaftliche Folgen für Schleswig-Holstein und weitere Anrainerstaaten auftreten. Dazu gehören Einbußen im touristischen Sektor und negative Folgen auf Speisefische.

Axel Bernstein
und Fraktion

Konrad Nabel
und Fraktion